

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter.

Nr. 24

Köln, den 12. Juni 1931

32. Jahrg.

Wirtschaftsführer, Wirtschaftskrise und Krise des Kapitalismus.

Mit größter Spannung erwartete die Welt, besonders Deutschland, die diesjährige Tagung der Internationalen Handelskammer in Washington. Anfang Mai waren dort tausend Wirtschaftsführer der Welt zusammengekommen, um eine Woche lang über die Wirtschaftsprobleme der Gegenwart zu verhandeln. Jeder dieser Männer ist in seiner Heimat ein Machtfaktor, von dessen Entscheidungen Fabriken, Konzerne und Tausende von Existenzen abhängig sind. Es war im wahrsten Sinne des Wortes die Elite des kapitalistischen Individualismus, die in Washington zusammentraf.

Was, so fragt man nach dem Abschluß dieser Tagung, haben diese Wirtschaftsführer zu den gegenwärtigen Schwierigkeiten, zur allgemeinen Wirtschaftsstockung und Weltkrise, zur Arbeitslosigkeit und ihrer Zukunft zu sagen? Das Ergebnis ist erschütternd. Keine Lösung, kein Vorschlag, mit dem man praktisch etwas anfangen kann, wurde gezeigt. Ein paar allgemein gehaltene Formulierungen und Empfehlungen über bessere Kapitalverteilung, über eine vernünftige Handels- und Währungspolitik, das ist alles, was in Washington zustande gebracht worden ist. Die Hilflosigkeit, mit der die Leiter der Wirtschaft der Krise gegenüberstehen, ist erschreckend. Dabei scheint es so, als ob Amerika noch ratloser ist als Europa. Dort beginnt man jetzt erst, über Probleme und Irrtümer nachzudenken, mit denen man sich in Europa schon bis zum Überdruß beschäftigt hat.

Als tragischen Höhepunkt dieses Kongresses bezeichnet der Berichtstatter der Vossischen Zeitung den Augenblick, wo der Präsident der First National Bank in Chicago, A. Traylor, der sich in jungen Jahren vom Straßenseger zu einer der angesehensten amerikanischen Finanzgrößen emporgearbeitet hat, aufstand, sich an die Brust schlug und in den Saal hineinrief: „Wo sind die Industriellen, die vor dem Zusammenbruch rechtzeitig gewarnt haben? Wo sind die Finanziers, die sich dem Expansionsdrang der Industrie entgegengestellt haben? Wo sind die Bankleute, die das Publikum vor waghalsigen Spekulationen bewahrt haben? „So eindringlich diese Selbstanklage auch ist, sie bringt keinen Weg aus der Sackgasse. Zur Vermeidung künftiger Krisen regte Traylor einige börsentechnische Reformen an. Wie man aus der jetzigen Krise herauskommen kann, vermochte auch er nicht anzugeben.

Zu Anfang des Kongresses sprach der deutsche Delegierte Dr. Hamm die Befürchtung aus, daß die Wirtschaftskrise zu einer psychologischen Krise des Kapitalismus zu werden drohe. Gerade von der Internationalen Handelskammer, die ihrem Ursprunge nach eine rein liberale Institution ist, hätte man eine Klärung dieser Frage erwarten müssen. Auch hier haben die Wirtschaftsführer vollständig versagt, obschon es um ihre eigene Sache ging. Nur Moskau wird sich freuen über eine derartige Selbstaufgabe. Denn das Wichtigste, was in Washington charakteristisch für den Wandel des Wirtschaftsdenkens festgelegt wurde, ist der allgemeine Zug zur Planwirtschaft. Die früher so eifrigen Befürworter des Wirtschaftsliberalismus, deren Kampf der Einkengung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit und den künstlichen Handelschranken galt, sind sich jetzt darüber klar ge-

worden, daß „das freie Spiel der Kräfte“ unvermeidlich zu spekulativen Überspizungen führen muß, die eine der Hauptursachen der Wirtschaftskrise sind. Der große Versuch Amerikas, auf liberalistischer Grundlage in einem großen und reichen Lande eine krisenlose Konjunktur, eine Aufwärtsentwicklung ohne Rückschläge zu schaffen, ist gescheitert. Deshalb fanden die Worte eines bekannten Industriellen weitgehende Anerkennung: „Man muß sich überlegen, ob man solche Konjunkturrezesse in Kauf nimmt oder ob man sich mit einem geringeren Durchschnittsniveau begnügt und darauf eine stabile, krisenfreie Planwirtschaft aufbaut.“

Mit dieser Frage ist der Kapitalismus selbst in Frage gestellt. Bisher suchte sich der Individualismus immer mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß nur durch ihn der Weg zum materiellen und kulturellen Aufstieg der Menschheit gesichert sei. Mit Stolz wurde bei jeder Gelegenheit wiederholt, daß der Kapitalismus die ganze moderne Welt geschaffen habe, daß alle technischen und wirtschaftlichen Erfolge nur das Werk großer Männer seien. Allgemein glaubte man an diese Behauptungen, weil man das Gegenteil aus der Praxis heraus nicht beweisen konnte. Die gegenwärtige Wirtschaftsnot hat wieder einmal gezeigt, mit welchen Bedingungen all die Fortschritte erkauft werden müssen. Zwanzig Millionen, hauptsächlich Industriearbeiter, müssen hungern, weil sich alle geschäftshungrigen Kapitalisten verpekuliert haben, weil die Fortschritte der Technik in wenigen Jahren eine derartige Überfülle an Produktionsmitteln geschaffen haben, daß sich die bedarfs hungrige Menschheit diesen marktwirtschaftlich gar nicht anpassen konnte. Mit den Menschen werden auch die Maschinen wieder stillgelegt, weil der Überfluß zu groß und die Knappheit die Voraussetzung des privatwirtschaftlichen Geschäfts ist. Wirtschaftlich ist es verständlich, daß sich gerade jetzt alle Kräfte regen, um die Produktionen mit den verschiedensten Mitteln nach bestimmten Plänen einzuschränken. Denn die Lebensgüter haben nur so lange wirtschaftlichen Wert, als sie knapp sind. Der Überfluß ist der größte Feind des privatwirtschaftlichen Geschäfts. Vor wenigen Jahrzehnten konnte sich der Kapitalismus noch ungehindert in die Breite ausdehnen. Kolonien und wirtschaftlich rückständige Völker wurden mit den Segnungen der modernen Wirtschaft beglückt. Diese Möglichkeiten sind heute durch politische und wirtschaftliche Hemmungen zum großen Teil versperrt. Deshalb ist es vom Standpunkte des privatwirtschaftlichen Unternehmers richtig, wenn er zur Sicherung seines Geschäftes und Gewinnes auf eine mögliche Derknappung der von seinem Betriebe produzierten Waren hinwirkt.

Nur in diesem Sinne will die Internationale Handelskammer die Planwirtschaft verstanden wissen. Durch Kartelle und sonstige Vereinbarungen soll die Wirtschaftswelt so aufgeteilt werden, daß für alle Produkte ein angemessener Preis und den Kapitalisten ein ausreichender Gewinn gesichert wird. Planwirtschaft im alleinigen Interesse der Unternehmer und als Schutz vor den Konsumenten ist das einzige Ziel. Durch Produktionseinschränkung sollen die wirtschaftlichen Güter künstlich verknappt und die Preise erhöht werden.

Dieses Ziel steht im Widerspruch zu der Not des Vol-

kes. In Wirklichkeit haben wir gar keinen Überfluß an Waren, sondern in weiten Schichten Not und Verelendung. Die Ausnutzung der gegenwärtigen Produktionsmöglichkeiten würde gerade ausreichen, um die äußerste Not der arbeitslosen Massen zu beseitigen. Arbeitskräfte, Produktionsanlagen und Rohstoffe sind in ausreichendem Maße vorhanden. Sie können nur deshalb nicht zusammenkommen und sich in Warenform vereinigen, weil sich eine derartige Produktion nicht „rentiert“, weil heute der kapitalistische Geschäftsgeist dem materiellen und kulturellen Aufstieg der Völker entgegensteht.

Eine Planwirtschaft muß und wird auch kommen. Aber eine andere als die Wirtschaftsführer in Washington erdacht haben. Nicht die Sicherung des Gewinnes, sondern nur die Erhöhung des Lebensstandards aller Menschen darf ihr Hauptziel sein. Das ist für das Weiterbestehen der jetzigen Wirtschaftsform eine Existenzfrage. Es hat den Anschein, als ob der Kapitalismus noch die letzte Chance für seine Erhaltung ungenützt vorübergehen läßt.

Drohend zieht vom Osten her ein gewaltiges Unwetter hervor. Wie das alte Preußen scheint sich auch Rußland in einer ganz neuen Wirtschaftsform zu einer der gefährlichsten und größten Wirtschaftsmächte emporzuhungern. Im Rahmen des Fünfjahresplanes werden dort mit besten technischen Hilfsmitteln Industrien und Landwirtschaften entwickelt, die schon in kurzer Zeit eine allgemeine Gefahr für die ganze Weltwirtschaft bilden. Schon heute kann die Sowjetregierung mit 10% ihrer Getreideernte alle Getreideweltmärkte vollkommen erschüttern. Wie lange wird es noch dauern, bis sie sich im industriellen Konkurrenzkampfe dieselbe Vormachtstellung erhüngert und erarbeitet hat. Wie gebannt warten alle Länder der Welt auf das Ergebnis des Fünfjahresplanes. Gelingt er, so ist mit großen und dauernden Erschütterungen zu rechnen. Alle Anzeichen weisen heute darauf hin, daß dieser gewaltige Produktionsplan, wenn auch nicht ganz, so doch zum größten Teil durchgeführt wird. Dafür sorgen schon die Ingenieure und Bankleute der kapitalistischen Länder, die in Rußland die besten Fabriken und die größten Maschinen anlegen.

Dem Kapitalismus hätte man erwarten sollen, daß er sich in der kurzen Zwischenzeit feste Grundlagen bei seinen Völkern schaffen würde. Wenn es die Wirtschaftsführer verstanden hätten, durch gerechte Lösung des Verteilungsproblems die Massen zu befriedigen und zu beruhigen, dann gäbe es heute keine ernsthafteste Gefahr des Kollektivismus und Kommunismus, dann würden alle Volksschichten in Ruhe an der Weiterentwicklung arbeiten. Das Gegenteil ist aber in den letzten Jahren geschehen und

droht für die nächste Zukunft. Durch die Maschinisierung sind Millionen auf die Straße geworfen. Den Arbeitenden kürzt man die Löhne bis zum absoluten Existenzminimum. Zur Verzweiflung getrieben verlieren die Massen, auch große Teile des Mittelstandes, den Glauben an Staat und Wirtschaft.

In dieser Verfassung treten die kapitalistischen Staaten dem vom Fortschrittsgeist beseelten Rußland gegenüber. Mit Absicht wird eine wirtschaftlich mächtige Sowjetmacht durch dauernde Erschütterungen der Weltmärkte die Krise und Not des Kapitalismus noch vergrößern. Das Ende ist heute noch nicht vorzusehen.

Trotz Krise und Arbeitslosigkeit hält Amerika im wesentlichen an seinen hohen Löhnen fest. Dort wissen die Unternehmer die Kaufkraft der Löhne und die Zufriedenheit ihrer Arbeiterchaft zu würdigen. Sie sind das sicherste Bollwerk gegen die Gefahren des Kommunismus. In Europa dagegen reißt die Lohnsenkungswelle Millionen in das Heer der Verzweifelten. Jede Lohn- und Gehaltskürzung vergrößert die Zahl der Umstürzler. Heute sind es 4-5 Millionen Arbeitslose. Wieviel werden es im kommenden Winter sein?

Man redet und schreibt allgemein von der Überwindung der Wirtschaftskrise und glaubt dadurch die Notleidenden zu beruhigen. Ein Wunder wäre es, wenn auf dem geplanten Wege die Schwierigkeiten wirklich überwunden würden. Wahrscheinlicher ist, daß wir erst im Anfange der Hauptkrise stehen. Denn langsam erhebt sich Rußland, von dem man vielleicht wie vor wenigen Jahren von Amerika bald wie von einem Wirtschaftswunder sprechen wird. Kann Deutschland dem russischen Konkurrenten gegenüberreten? Einem Konkurrenten, der in seiner Außenhandelspolitik ganz unabhängig ist von Kosten- und Preisfragen! Gerade für Deutschland handelt es sich heute nicht um eine Konjunkturererscheinung, sondern um eine Wirtschaftskrise, deren Überwindung vielleicht gar nicht mehr Sache der kapitalistischen Wirtschaftsführer ist. Am wenigsten, wenn die deutschen Unternehmer sich durch willkürliche Vergrößerung der Arbeitslosigkeit und durch rigorose Lohnsenkungen noch die Freundschaft der sichersten Hüter der Ordnung verschmerzen.

Die Washingtoner Tagung hat gezeigt, daß die Wirtschaftsführer der Welt ratlos den gegenwärtigen Schwierigkeiten gegenüberstehen. Vom „Geschäft“ und „Gewinn“ her scheint es keine automatische wirkende Patentlösung mehr zu geben. Das ist für alle erschütternd. Denn die Hauptfeuerprobe hat die kapitalistische Wirtschaft erst in den nächsten Jahren zu bestehen. Ob unter den gegenwärtigen Umständen mit Erfolg, das ist heute das große Welt-rätsel.

Kapitalbildung – Kapitalabschreibung – Kapitalzusammenlegung.

Das letzte Vierteljahreshft des „Instituts für Konjunkturforschung“ enthält eine gründliche Untersuchung über die Kapitalbildung in der deutschen Wirtschaft durch Neuanlagen und Vorratsvermehrungen in den Jahren 1924/28.

Daraus geht, wie die „Deutsche Handelswacht“ Nr. 9 vom 10. Mai S. 163f. schreibt, hervor, daß von einer allgemeinen Kapitalminderung in Deutschland seit der Stabilisierung nicht die Rede sein kann, daß vielmehr unsere Volkswirtschaft mit Kapital wieder beachtlich aufgefüllt worden ist, und zwar nicht nur mit Hilfe ausländischen Kapitals. Die gesamte Neukapitalbildung ist auf 41½ Milliarden Reichsmark berechnet. Dabei ist nicht eingeschlossen, was neu gebaut und an Maschinen hergestellt wurde, soweit es nur Ersatz für veraltete Anlagen darstellt; die gesamten Ersparnisse sind also in dieser Zahl nicht einbegriffen. Sie sind aber ebenfalls berechnet und werden auf 26 Milliarden Reichsmark geschätzt.

Damit ist eine ungeheure Leistung vollbracht worden; nach den Zerrüttungen, die Krieg und Inflation am Apparat der deutschen Volkswirtschaft angerichtet haben, erscheint diese Leistung um so gewaltiger, wenn man bedenkt, daß in der gleichen Zeit etwa 10 Milliarden Reichsmark Reparationen gezahlt werden mußten. Knapp 14 Milliarden sind per Saldo in den Jahren 1924/28 im

Ausland geborgt worden, alles übrige ist aus den eigenen Leistungen der deutschen Volkswirtschaft bestritten worden. Wenn man zusätzliche Anlagen, d. h. also wirkliche Neuanlagen ohne die Ersatzanlagen, zu den eingetretenen Vorratsvermehrungen hinzuzählt, dann ergibt sich nach der „Deutschen Handelswacht“ folgende Liste der Investitionen nach ihrer summenmäßigen Wichtigkeit. Es wurden 1924/28 einschließlich angelegt in:

Industrie	9,07	Milliarden Reichsmark
Öffentliche Verwaltung	5,67	„
Wohnungswirtschaft	5,43	„
Einzelhandel	5,06	„
Verkehr	4,28	„
Elektrizitäts-, Gas- und Wasser- versorgung	2,65	„
Landwirtschaft und Gartenbau	2,64	„
Großhandel	2,21	„
Handwerk	1,27	„
Wohlfahrtswesen u. Sozialversicherung	0,34	„
Für sonstige Zwecke	0,80	„

Mit dieser Feststellung ist natürlich noch nicht erwiesen, daß es der deutschen Wirtschaft gut geht und ist auch noch längst nicht er-

wiesen, daß wir wirklich so reich sind, wie es nach den Zahlen der Untersuchung scheinen könnte. Trotz oder richtiger gerade wegen der Höhe des investierten Kapitals fehlt es heute der deutschen Volkswirtschaft an Kapital, um die Anlagen in Gang zu bringen und für die Volksgesamtheit nutzbar zu machen.

Es ist natürlich heute leicht kritisieren, was man hätte anders und besser machen sollen, aber zurückschauend muß doch wohl gesagt werden, daß es volkswirtschaftlich richtiger gewesen wäre, wenn man nicht diese ungeheuren Summen ganz in Anlagen investiert, sondern statt dessen wenigstens mit einem Teil der eigenen Gewinne entsprechende Auslandsgelder entbehrlich gemacht oder sie zur Erhöhung der Einkommen (Kaufkraftstärkung) verwandt hätte. (Gewinne muß die deutsche Wirtschaft ja doch gemacht haben, denn mit schätzungsweise 6 Milliarden hat sie ihre Neuanlagen selbst finanziert.) Wir hätten dann heute weniger unter der Zinslast zu jammern und hätten auch nicht das Auseinanderklaffen zwischen Konsumfähigkeit und Produktionsmöglichkeit zu beklagen. Heute liegen die Dinge so, daß große Kapitalien in Anlagen festliegen, ohne daß diese einen volkswirtschaftlichen Nutzen brächten, und daß auf der anderen Seite die immer mehr absinkende Kaufkraft weitesther Volkskreise eine immer stärkere Geschäftsschrumpfung herbeiführt und dadurch immer mehr Anlagen, die heute noch Betriebswert haben, im Wert herabmindern. Hunderte Millionen der in Neuanlagen verkörperten Werte sind heute schon tote Werte.

Es wäre von Nutzen, einmal eine eingehende Untersuchung darüber anzustellen, ob und in welchem Umfang diese toten-Anlagenwerte in den Bilanzen der deutschen Wirtschaftsunternehmen erscheinen. Es gibt viele Einzelbeispiele, daß betriebsfertig erstellte und auf das allermodernste eingerichtete Betriebe überhaupt nicht in Betrieb genommen wurden. Wenn diese Anlagen in den Bilanzen zu ihrem vollen Gestehungswert erscheinen, dann ergibt dies ein

falsches Bild der Einzelunternehmungen und der Kapitalbildung in Deutschland.

Die Aktivierung ruhender Anlagen in den Bilanzen hat auch eine bedeutsame Auswirkung mit Hinsicht auf die Preisenkung. Nach ordentlichen betriebswirtschaftlichen Grundsätzen wird von den Anlagen Jahr für Jahr abgeschrieben. Die Abschreibungsquoten gehen durch das Unkostenkonto in die Kalkulation und beeinflussen den Preis des Produktes. Es läge daher im Sinne einer gesunden Preisenkungspolitik, wenn diese buchmäßigen Kapitalwerte über den normalen Abschreibungsprozentsatz hinaus ganz abgeschrieben würden. Ein solches Vorgehen, das seine Rechtfertigung auch in den Grundsätzen der modernen Betriebswirtschaftslehre fände, würde nicht nur automatisch eine Senkung des Preises nach sich ziehen, sondern sich auch bilanztechnisch auswirken. Man würde ein Sonderkonto (Sonderverlust-Konto) auf der Aktivseite bilden und dann evtl. den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend die Reserven zur Deckung des Verlusts heranziehen müssen. Reichen die Reserven nicht dazu aus, dann wird man an eine Kapitalzusammenlegung denken müssen. Ein solcher Vorschlag würde zunächst auf die Gegnerschaft der Kapitalbesitzer stoßen, doch liegt er auch im Interesse der Kapitalbesitzer. Man sehe sich nur den Stand der Aktienkurse an. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, liegt der Durchschnittskurs der deutschen Aktien unter pari. Man würde also mit einer Kapitalzusammenlegung lediglich einen äußerlichen Schritt tun, dem die inneren Voraussetzungen und Bedingungen gegeben sind. Diesen gesunden Weg der Freimachung von Illusionen und Anpassung an den Geschäftsumfang wird sicherlich eine Reihe von gutgeführten Unternehmungen, sofern natürlich die Voraussetzungen vorliegen, gehen.

Es wäre zu hoffen, daß eine Diskussion über diese Dinge bald in Fluß kommt, vor allem in den Kreisen, die es vorzugsweise angeht. Jf.

Die Erhöhung der Holzölle ist kein Ausweg.

Dem Verlangen der Landwirtschaft nach höheren Zöllen hat sich die Forstwirtschaft angeschlossen. Zweifellos wird auch die Forstwirtschaft unter der schweren Krise leiden, und man kann verstehen, daß aus ihren Reihen der Ruf nach Hilfe kommt. Nur ist die Erhöhung der Holzölle kein geeignetes Mittel, die Krise zu überwinden, und der Vorteil, den sich die Forstwirtschaft davon verspricht, schlägt auf der anderen Seite zum großen Nachteil der holzverarbeitenden Industrie um. Der Wirtschaftsverband der deutschen Holzindustrie veröffentlicht zu den Bestrebungen der Forstwirtschaft auf höhere Holzölle in der „Berliner Börsen-Zeitung“ eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Will man daher der Notlage der Forstwirtschaft steuern, so kann dies nicht durch eine weitere Belastung ihrer Abnehmer geschehen, sondern nur dadurch, daß Maßnahmen zu einer Gesundung des Holzgewerbes und der Bauwirtschaft ergriffen werden. Die holzverarbeitende Industrie muß daher von der Reichsregierung und den gesetzgebenden Körperschaften erwarten, daß sie den von irrigen Voraussetzungen ausgehenden zollprotektionistischen Wünschen der Forstwirtschaft keine Rechnung tragen und die immer neuen Forderungen der „grünen Front“, die freie Wirtschaft durch Einführung von Verwendungszwängen zu knebeln, ablehnen. Mit der Forstwirtschaft ist dagegen die holzverarbeitende Industrie der Überzeugung, daß die überhöhten Frachten für Holz und Holzwaren einen erheblichen Teil der Schuld an der schwierigen Lage der einheimischen Forst- und Holzwirtschaft tragen, und daß daher von der Reichsbahn erwartet werden muß, daß sie durch beschleunigte Gewährung von Frachterleichterungen für die zu hoch eintarifierten Holzzeugnisse der notleidenden Holzwirtschaft hilft.“

Auch rechtfertigt die Entwicklung des Holzaußenhandels eine Erhöhung der Holzölle nicht. Bei Bau- und Nutzholz ist die Einfuhr seit zwei Jahren erheblich zurückgegangen, während die Ausfuhr gesteigert werden konnte. Der Außenhandel mit Bau- und Nutzholz gestaltete sich wie folgt (in 1000 RM):

	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhrüberschuß
1930	300 285	73 434	226 851
1929	386 106	55 316	330 790
1928	528 914	42 894	486 020
1927	452 981	48 098	404 883

Diese günstige Entwicklung hat sich auch in diesem Jahre fortgesetzt. Die wertmäßige Einfuhr sank von 15,5 Millionen im Januar auf 7,4 Millionen im März, während die Ausfuhr von 4,1 auf 4,6 Millionen stieg. Wenn hierbei auch der Rückgang der Weltmarktpreise berücksichtigt wird, so bleibt die Tatsache einer günstigen Entwicklung doch bestehen.

Es liegt im Wesen der Zollgesetzgebung, daß, wenn man die Zölle für eine Position erhöht, sich die Notwendigkeit der Heraussetzung für die verwandtschaftlichen Positionen ergibt. Für Möbel und Holzwaren wäre eine Erhöhung der Zölle noch untragbarer, da sie nur geeignet wären, den ohnedies schon schwierigen Absatz noch mehr zu hemmen und die günstigen Ansätze der Außenhandelsentwicklung zu stören. Der Außenhandel mit Möbeln und anderen Holzwaren entwickelte sich wie folgt (in 1000 RM):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1930	38 547	105 258	66 711
1929	43 076	105 841	62 765
1928	46 955	91 459	44 504
1927	35 123	79 963	44 840

Hier ist die Tatsache zu verzeichnen, daß der Ausfuhrüberschuß von 1927 bis 1930 um rund 22 Millionen Reichsmark gestiegen ist. Die Ausfuhr erhöhte sich um 25 Millionen Reichsmark. Es wäre ein Verhängnis, wenn durch Zollerhöhungen diese Entwicklung unterbunden würde, zumal sich auch in diesem Jahre diese günstige Gestaltung fortsetzt, was folgende Übersicht zeigt (in 1000 RM):

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
Januar	2349	6141	3792
Februar	1959	6187	4228
März	1601	7701	6100

Unter den jetzigen Umständen bringt eine neue Erhöhung der Holzölle erhebliche Erschwerungen für die deutsche holzverarbeitende Industrie. Hiervon würde auch die Arbeiterschaft betroffen werden, die schon jetzt unter den schlechten Wirtschaftsverhältnissen schwer zu leiden hat. Aus diesen Gründen läßt sich die Erhöhung der Holzölle nicht rechtfertigen, sie wird hoffentlich unterbleiben.

Internationaler Bleistift-Konzern.

Die Welt wird um ein Konzerngebilde reicher. Die bekannten Weltfirmen der Bleistift-Industrie, die A. W. Faber-Castell-Bleistiftfabrik AG., Stein bei Nürnberg, die Bleistiftfabrik vorm. Johann Faber AG., Nürnberg, die Kohinooor-Bleistiftfabrik L. & C. Hardtmuth, Budweis, werden sich wie die Presse meldet, zur rationellen Ausnutzung ihrer Betriebe, wirtschaftlicher Organisation ihrer Verkaufsapparate und einheitlicher Leitung aller ihrer Unternehmungen zusammenschließen. Die weitverzweigten, sich über die ganze Welt erstreckenden Interessen aller dieser Unternehmungen werden in einer Dachgesellschaft zusammengefaßt werden. Die einzelnen Unternehmen bleiben in ihrer Selbständigkeit erhalten, so daß auch die Eigenart der verschiedenen Erzeugnisse und ihres Vertriebes unverändert bestehen bleibt. Die neue Gruppe umfaßt außer den ausgedehnten Werken in Stein, Geroldsdgrün, Nürnberg und Budweis auch die Bleistiftfabriken Hardtmuth Lechistan AG., Krakau (Polen), die Rumänische Bleistift-AG., Hermannstadt, die Capis Johann Faber Ltd., Sao Carlos (Brasilien), und die Johann Faber Pencil Corporation, Wilmington (USA).

Dieser Schritt der weltbekannten Firmen wird einiges Aufsehen erregen. Alle drei Firmen haben sich bisher sehr starken Wettbewerb gemacht, und bis noch vor kurzer Zeit wäre eine solche Verbindung, wie sie jetzt zusammenkommt, kaum für möglich gehalten worden, und deshalb wird in vielen Kreisen die Überraschung um so größer sein. Nachdem man sich aber einmal ausgerechnet hat, wieviel an Produktions-, Verkaufs- und allgemeinen Unkosten bei dem Zusammenschluß gespart werden kann, hat man doch nach längeren Verhandlungen die Verständigung erreicht. Kohinooor und Johann Faber waren sich bisher schon in Rumänien nähergekommen. Als Johann Faber dort eine Zweigfabrik errichten wollte, nachdem

die hohen Zölle das unbedingt notwendig gemacht hatten, fühlte sich die Kohinooor-Fabrik auf ihrem Absatzgebiet Rumänien stark bedroht. Nach kurzen Verhandlungen hat man sich dahin verständigt, die rumänische Fabrik gemeinsam zu betreiben und hat sich dabei sehr wohl gefühlt. Die Erfahrungen in Rumänien führten dann zu der Überlegung, daß es besser sei, sich auch auf den andern bisherigen Arbeitsgebieten zu verständigen und in die Verständigung auch die A. W. Faber Castell-Bleistiftfabrik AG., die bisher zum Teil aus persönlichen Gründen einem Anschluß sehr abhold gewesen war, hineinzubeziehen.

Die Holdinggesellschaft wird wahrscheinlich in der Schweiz errichtet werden. Das Kapital ist mit etwa 25 Mill. Fr. in Aussicht genommen.

Die Kapitalien der drei Gesellschaften werden in die Holdinggesellschaft eingebracht. Man kann vielleicht annehmen, daß die Aufteilung des Kapitals so vor sich geht, daß 40% auf Castell, 40% auf Kohinooor und 20% auf die Johann Faber AG. entfallen. Um der steuerlichen Vorteile, die eine Holdinggesellschaft mit sich bringt, nicht zu entgehen, wird es sich vielleicht als erforderlich erweisen, noch eine Untergesellschaft zu gründen, die den Zentraleinkauf besorgt und die eingekauften Materialien an die Gesellschaften weiter verkauft. Auch wird es vielleicht notwendig sein, andre Werte in diese zweite Gesellschaft einzubringen. Von den Kapitalien befindet sich nur ein Bruchteil im Verkehr, der Rest ist zum großen Teil Familienbesitz. Einige Komplikationen wird es noch mit der Einbringung der Grundstücke und Fabriken von Castell machen, weil dieser Besitz zum Teil fideikommissarisch gebunden ist, aber diese Schwierigkeiten lassen sich überwinden. Die Kapazität des neuen Bleistifttrufsts wird etwa 4 Mill. Gros, also 576 Mill. Stück Bleistifte, ausmachen. Nicht uninteressant ist es, hervorzuheben, daß die Fabrik A. W. Faber bereits 1761 gegründet wurde und die Kohinooor 1790, während die Fabrik Johann Faber 1879 entstand. Abgesehen von den Bleistiftbetrieben gehen auch die Betriebe von Kopier- und Farbstiften sowie die Fabriken für

„Mehr Sonne.“

Die Sonne ist unser wichtigstes Lebenselixier, sie ist der Urquell allen Lebens, allen Werdens. Allabendlich bei Sonnenuntergang sinkt alles Leben in einen Schummerzustand, um am anderen Morgen bei hellem Sonnenschein zu voller Kraft und Schönheit sich erneut zu entfalten. Die Länder des Südens zeigen die üppigste und schönste Entfaltung der Natur, weil dort die Sonne stark und intensiv von meist wolkenlosem Blau die Erde bestrahlt. Die alten Völker machten die Sonne zu einer Gottheit, aber von den heutigen Kulturmenschen wird die belebende und gesundende Kraft der Sonne nicht genügend gewürdigt.

Eine sonnige Wohnung ist das erste Erfordernis einer gesunden Lebensführung. Es ist erstaunlich, wieviel Wohnungen es noch gibt, in die jahraus, jahrein nicht ein einziger Sonnenstrahl dringt. Wie erfreut erhebt man sich morgens, wenn die Sonne durch die Ritzen schaut, wie gut schmeckt das Frühstück, wenn sie auf den Tassen und Tellern spielt, mit Sonnenfreude und seelischer Spannkraft beginnt man den Tag. Es ist nicht gleichgültig für unsere körperliche und geistige Lebenslust und Arbeitsfreude, ob der Mensch in einer düsteren und dunklen Wohnung oder in einem schönen sonnigen Heim sein Leben fristen muß. Dort sind die Stätten der Krankheit, des Elends, der Verzweiflung, hier die strahlenden Sonnenplätze, die unser seelisches Denken und Fühlen sehr günstig beeinflussen und deshalb von doppeltem gesundheitlichen Wert sind.

Gebt den Kindern Sonne, so lautet ein ärztlicher Rat, kräftige und gesunde Kinder werden heranwachsen. Deshalb muß das sonnigste Zimmer das Kinderzimmer sein, und bei Sonnenschein müssen die Kinder möglichst viel draußen spielen und tummeln. Jede Mutter muß heute wissen, daß zwei wichtige Erziehungs faktoren Sonne und Luft sind, genau so wichtig wie Milch und Brot.

Schon der Säugling muß seine kleinen Glieder in frischer freier Luft und in der Sonne bewegen können. Ein im Sommer geborenes Kind wird in den ersten Lebenstagen schon nach draußen geführt, die älteren müssen in ihren Strampelhöschen sich viel in Licht und Luft und Sonne bewegen können. Die Mutter von heute darf nicht mehr ängstlich dieser wunderbaren Quelle gesundheitlichen Segens gegenüberstehen.

Aber auch für den Erwachsenen, für alt und jung, ist Sonne Lebensbedürfnis. Jeder spürt es an sich selbst, welch belebender Hauch

und welche Sonnenfreude durch uns alle schwillt, wenn der erste sonnige Frühlingstag nach langer Regenzeit die Ankunft des Lenzes meldet. Mit dem strahlenden Lichte der Sonne kehrt nach langer Winterzeit eine neue Belebung mit neuem Mut und Schaffenskraft zurück.

Auch bei kranken und schwächlichen Menschen muß die Heilkraft der Sonne mehr ausgenutzt werden. Die Sonne besitzt starke keimtötende Kraft für alle Bakterien und Krankheitserreger, selbst die so gefürchteten und zähen Tuberkelbazillen werden durch die Sonnenstrahlen schnellstens vernichtet. Es ist heute Allgemeinut der Ärzte, die Sonne als Heilkraft zu verwenden. Der ärztliche Mahnruf lautet: hinaus in Licht und Sonne, und der Volksmund sagt: Wo die Sonne nicht hinkommt, kommt bald der Arzt hin. Das blass e Kind aus dem engen Häuserviertel der Großstadt braucht nur wenige Tage draußen in der Sonne zu spielen, es ist erfreulich zu sehen, wie die Wangen sich röten, die Haut sich bräunt und die Muskeln straffer werden, auch Appetit und Allgemeinbefinden bessern sich.

Auch in der Sportbewegung ist die Sonne unser bester Helfer, den Körper in Licht und Sonne draußen auf den Sportplätzen bewegen und vielseitig durchbilden, ist das Ziel der Leibesübungen, unsere Sportjugend muß mehr Leibeskultur pflegen, es kommt weniger auf die Zehntelsekunde als auf Bildung schöner gegenüber harmonischer Körper an.

Reich, Städte und Kommune sind sich der großen gesundheitlichen Bedeutung der Leibespflege in Sonne, Licht und Luft bewußt, immer mehr Sonnenplätze werden geschaffen, damit die Menschen ihren Körper von der Sonne bestrahlen lassen können. Doch die heiße Sonne ist manchmal tückisch, der Körper muß langsam an die Sonnenstrahlen gewöhnt werden. In großen Krankenhäusern müssen flache Dächer für Besonnungsanlagen geschaffen werden, in den Großstädten müssen mehr geeignete Plätze für Lichtbäder errichtet werden, dann können alle die gesundende Heilkraft der Sonne genügend ausnützen. Auch die Tieflandsonne in unserer Gegend genügt völlig, und gerade der Wechsel zwischen sonnenarmen und sonnenreichen Tagen wirkt als Reiz sehr gesundend. Nutzen wir Menschen deshalb die Sonne mehr aus, denn „Von allen Blumen ist es die Menschenblume, die der Sonne am meisten bedarf.“

Präzisions-Rechenstäbe, Lineale, Reißschieben, Radiergummi, Gummibänder, Drehstifte aus Hartgummi und die Galalith-Fabrik in den Konzernen über. Jede der Fabriken stellte bisher mehrere Tausend verschiedene Sorten her, an denen man in Zukunft natürlich erheblich sparen kann. Auch die Propagandakosten dürften erheblich herabgesetzt werden können. Von dem Austausch der langen Erfahrungen verspricht man sich starken Nutzen.

Aus dem Communiqué erfährt man übrigens auch, daß die Johann Faber AG. in Nürnberg in Amerika eine eigene Gesellschaft mit 300 000 RM vor kurzem erst gegründet hat. In ihr sind verschiedene Auslandsinteressen und Vertriebsorganisationen für Südamerika und Nordamerika zusammengefaßt. Ob man dazu übergehen wird, auch in Amerika zu produzieren, hängt davon ab, ob man sich in kurzer Zeit mit den amerikanischen Bleistiftfabriken verständigen kann. Man scheint dies zu erwarten, zumal für den neuen Trust es sich in der Hauptsache um Spitzenmarken handelt, die den Zoll überspringen und in ziemlich hohem Umfang in Amerika abgesetzt werden.

Was die Ausnutzung der Kapazität des neuen Trusts anbelangt, so ist sie in den ausländischen Fabriken völlig ausgenutzt, in den Inlandfabriken etwa zu 60%.

Die Marktlage hat sich in der letzten Zeit verschlechtert. Im Export ist ein Rückgang erfolgt, und im Inland macht sich besonders verschärfter Wettbewerb bemerkbar, der ja jetzt aufhören wird, die Ergebnisse sollen aber nicht wesentlich verschlechtert sein. Der Anteil des Exports an der gesamten Erzeugung beträgt fast 80%. Was die in dem Communiqué angeführten Werke anbelangt, so gehört neben dem Werk in Stein auch das Werk Geroldgrün zu Castell. Die Lechistan AG. in Krakau gehörte bisher der Kohinoor, die Rumänische Bleistift-AG. gehörte Kohinoor und Faber, und die übrigen angeführten Fabriken gehörten Johann Faber. Eine Neubeschaffung von Kapital soll nicht in Frage kommen, da die Werke mit eignen Mitteln ohne Inanspruchnahme von Banken arbeiten.

Wer soll zahlen?

Immer wieder sind es der Youngplan und die Reparationen, die dazu herhalten müssen, um den Arbeitnehmern ein menschenwürdiges Dasein streitig zu machen. Man wirft ihnen vor, daß sie sich eine Lebensweise erzwungen hätten, die mit einem verlorenen Krieg unvereinbar sei und der deutschen Wirtschaft großen Schaden zugefügt hätte. Es soll nun gewiß nicht bestritten werden, daß die Reparationen eine schwere Last für das deutsche Volk bedeuten. Die Arbeitnehmer aber wehren sich dagegen, daß die Unternehmer die Kriegslasten in einer unerträglichen Weise für ihre Interessenspolitik ausnützen, wie das heute in reichlichem Maße geschieht. Bei jeder Gelegenheit wird von Unternehmenseite der Versuch gemacht, den Kampf gegen die Reparationen mit materiellen Forderungen an die Arbeitnehmer zu verknüpfen. Sie hoffen auf diese Weise etwas zu erreichen. Es hat sich leider tatsächlich herausgestellt, daß sie mit dieser Taktik sehr gut fahren. Nicht zuletzt hat das heuchlerische Geschrei der Unternehmer gegen die Reparationslasten in Verbindung mit ihren Lohnabbauforderungen in gewissen Kreisen die Stimmung für den Lohnabbau gefördert. Das gelingt um so leichter, als weite Kreise sich nicht annähernd über das Verhältnis von Reparationen und Lohnhöhe im klaren sind. Hier weitgehende Aufklärung zu schaffen, tut not.

Wie man von Unternehmenseite mittels der Reparationen die Arbeitnehmereinkommen bekämpft, dafür gibt die „Deutsche Bergwerkszeitung“ (Nr. 69 vom 22. 3. d. J.) ein treffendes Beispiel. Sie schreibt u. a. folgendes: „Nicht nur, daß man ablehnte, unter die Arbeitsbedingungen und die Lebenshaltung der Vorkriegszeit herunterzugehen, wie es eigentlich die Konsequenz aus der Annahme des Dawes- und Youngplanes gewesen wäre, die Gewerkschaften gaben sich sogar der Illusion hin, trotz dieser Belastungen die durchschnittliche Lebenshaltung noch über die in der Vorkriegszeit hinaus erhöhen zu können. Den Zusammenbruch dieser irrigen Vorstellungen beobachten wir in unseren Tagen.“ Hier wird ganz deutlich ausgesprochen, daß die Unternehmer gewillt und bestrebt sind, nicht nur die Nominallöhne, sondern auch die Lebenshaltung der Arbeitnehmer unter die der Vorkriegszeit herabzudrücken. Die Forderungen, die von den Unternehmern bezüglich des Lohnabbaues gestellt und zum größten Teil schon durchgeführt wurden, laufen tatsächlich darauf hinaus, die Lebenshaltung der Arbeitnehmer unter das Vorkriegsniveau zu senken. Die Äußerung der „Berg-

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Für die Zeit vom 7. bis 13. Juni ist der 24. Wochenbeitrag fällig.

Teilzahlungen an die Hauptkasse sind regelmäßig zu leisten. Hohe Barbestände in der Zahlstelle führen leicht zu Verlusten. Die Beachtung der Geschäftsanweisungen schützt vor Nachteilen. Darum Teilzahlungen.

„Bergwerkszeitung“ sollten sich einmal jene Leute hinter die Ohren schreiben, die den Arbeitnehmern plausibel machen wollen, mit dem Lohnabbau soll nur eine Senkung des allgemeinen Preisniveaus, nicht aber eine Kürzung des Reallohnes erzielt werden. Diese Ausführungen der „Bergwerkszeitung“ reden eine zu eindeutige Sprache. Nun eine Frage, die sehr nahe liegt. Haben die Unternehmer schon ihre eigene Lebenshaltung unter die in der Vorkriegszeit gesenkt? Gewiß nicht, obwohl sie das vielleicht behaupten. Die Arbeitnehmer müßten ja mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie nichts sähen von der luxuriösen Lebenshaltung, die sich manche Schichten unseres Volkes heute noch leisten können, und deren Ausmaß entgegen anderen Behauptungen eher zugenommen als abgenommen hat. Die Unternehmer denken auch gar nicht daran, ihre Lebenshaltung herabzumindern. Das beweisen ihre Forderungen auf „höhere Rentabilität der Betriebe“.

Für Unwissende mag die Behauptung, daß höhere Lasten, wie sie die Reparationen gebracht haben, nur durch eine Senkung der Lebenshaltung getragen werden können, etwas Bestechendes haben. Aber auch nur für Unwissende können derartige Behauptungen berechnet sein, denn jeder vernünftige Mensch weiß, daß auch die Produktivität unserer Wirtschaft sich gesteigert hat und die Leistungseinheit absolut und relativ bedeutend verbessert wurde. Das Mehrerzeugnis auf Grund der verbesserten Produktion läßt daher trotz der Reparationen immer noch ein beträchtlicher Teil übrig, mit dem wir unsere Lebenshaltung ein gutes Stück verbessern können. Es ist also durchaus keine Illusion, wie die „Bergwerkszeitung“ schreibt, wenn die Arbeitnehmer glauben, ihre Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit verbessern zu können. Wenn nun die Unternehmer verlangen, daß die Arbeiter ihre Lebenshaltung unter Vorkriegsniveau senken, dann bedeutet das, daß die Arbeitnehmer die ganzen Reparationslasten allein tragen sollen, die Unternehmer aber ebenso allein die ganzen Früchte der Rationalisierung einheimen würden. Eine Einkommensverschiebung zuungunsten der Arbeiterschaft von gewaltigem Ausmaß würde das sein und zu altem Unrecht neues hinzufügen. Die Einkommensunterschiede sind sowieso schon unerträglich. Darauf wird man immer wieder hinweisen müssen, so oft man einen Abbau der Lebenshaltung der breiten Massen fordert, um die Reparationen bezahlen zu können.

M. Müller.

Rundschau.

„Kulturgefährdung durch Arbeitslosigkeit.“ Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit stellt nicht nur eine wirtschaftliche und politische Gefahr, sondern auch eine ernste Bedrohung der deutschen Kultur und geistigen Entwicklung dar. Diese Kulturbedrohung durch Arbeitslosigkeit äußert sich in dreifacher Weise. Sie schädigt die Persönlichkeit, untergräbt den Bestand und Zusammenhalt der Familie und gefährdet damit die Gesamtheit in ihrer Kulturkraft. Stellt an sich schon die Dauerarbeitslosigkeit und die damit verbundene Lähmung der persönlichen Energie eine schwere Gefahr für den einzelnen dar, so sind die Folgen der Arbeitslosigkeit für den jugendlichen Menschen noch viel verhängnisvoller. Anhaltende Arbeitslosigkeit verhindert die Entfaltung der notwendigen sozialen Eigenschaften, unterbindet das geistige Wachstum und macht radikal im anti-sozialen Sinn. Besondere Gefahren ergeben sich darüber hinaus für die erwerbslose Jugend nach der wirtschaftlichen und nach der moralischen Seite hin. Dauernde Arbeitslosigkeit untergräbt darüber aber auch die materiellen und geistigen Grundlagen der Familie. Sie verursacht wirtschaftliche Not, läßt Autorität und Ehrfurcht, Erziehung und Bildung schwinden. Die Familie wächst auseinander und kann ihre Funktion nicht mehr voll und ganz erfüllen.

In gleicher Weise stört und gefährdet Arbeitslosigkeit auch die Lebenskreise des Berufes und des Staates. Sie verhindert den Auf-

bau des Berufsstandes, weil sie immer wieder aufs neue Gegensätze zwischen den Schichten der beruflichen Gemeinschaft aufreißt. Verbitterung treibt zu klassenmäßiger Abspaltung, die öffentliche Moral wird vergiftet, und jedes Ausholen zu einer machtvollen Entwicklung des Staates geht in Sumpfe des Parteiwesens unter.

Das Kulturleben selber in seiner Erhaltung und Förderung verlangt also dringend die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit auf breiter Front. Dieselbe hat auszugehen von der Erkenntnis und Beseitigung der organischen Fehler der bestehenden Wirtschaftsweise und Wirtschaftsordnung. Notwendig ist die Hinwirkung zu einer korporativen Wirtschaft, zu arbeitsgemeinschaftlicher Betätigung auf allen Gebieten. Sie allein kann mit dem sozialen auch das kulturelle Leben vor dem Zusammenbruch retten und zu positiver Entwicklung neu begründen.

Doch nicht nur die Wirtschaft muß zu einer besseren Kultur führen. Jeder einfache Mann der Arbeit kann aus einer offenen, wachen Seele, aus einem gesunden Menschenverstand heraus, in den Dingen und Geschehnissen des Lebens, die ihm täglich begegnen, kann in Büchern und Schriften Quellen zur Bildung für sich finden, die seinem Wesen und Gebaren den Stempel wahrer Kultur geben. Dann gehört er zu den Begnadeten einer Gemeinschaft, die er mit seiner Kraft veredeln hilft. Denn nur eine gesunde Volksgemeinschaft ist imstande auch gegenwärtigen Nöten machtvoll gegenüberzutreten. Ihr geistiges Sein, ihr Kulturreichtum dient der sittlichen Höherführung, dient dem Gesamtwohle des Volkes. M. A.

Bankerotte Wissenschaft. Vor Jahren schrieb Professor Oswald Spengler sein Buch „Untergang des Abendlandes“. Mutlos, pessimistisch ist seine Meinung von der Zukunft Europas und der weißen Rasse, Hoffnungslosigkeit der Grundgedanke des Werkes. Den Höhepunkt professoraler Hoffnungslosigkeit aber bedeutet ein Vortrag Spenglers, den er am 6. Mai in München gelegentlich der Jahresversammlung des deutschen Museums vor 400 geladenen Gästen der in- und ausländischen Wissenschaft gehalten hat. „Kultur und Technik“ hieß das Thema. In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Spengler die Behauptung, daß der Mensch der höchstentwickelte Typus der Raubtiere sei, die auf der Erde leben. In der heutigen Entwicklung der Menschheit sei die seelische Verwandtschaft zwischen den besten Menschen und den besten Raubtierexemplaren im Tierreich ungeheuer groß. Der Unterschied zwischen beiden Gattungen bestehe nur darin, daß mit dieser Art Mensch die individuelle Technik in die Welt gekommen sei, die ihn befähigt habe, das größte aller Raubtiere zu werden. Das Alter der Menschheit schätzt Spengler auf etwa 150 000 Jahre. Die Entwicklung zur Technik habe im fünften Jahrtausend vor Christus begonnen, wo in einem kurzen Prozeß dem Menschen die Hand geworden sei und er dazu die Werkzeuge zur Technik erfunden habe. Arbeit und Handarbeit, Führerarbeit und Ausführerarbeit hätten sich getrennt und bildeten von nun an die Basis für die Kultur der Technik. Eine zweite Säule der Menschheit verlegte Spengler in den Anfang des zweiten Jahrtausends nach Christus. Es beginnt mit der Gotik und sei die letzte Epoche des nordischen Menschen, in der der Kampf des Lebens und ein unbegrenzter Wille zur Macht zum obersten Prinzip gemacht worden seien. In diesem Zeitraum eingeschlossen liege die ungeheure Entwicklung der Technik im Kampfe gegen die Natur, die heute als im wesentlichen abgeschlossen bezeichnet werden müsse. Denn der Mensch sei zum Sklaven seiner eigenen Schöpfungen geworden, und die weiße Rasse stehe unmittelbar vor ihrem Untergang. Herbeigeführt wird der Untergang der weißrassigen Menschheit nach Spenglers Anschauung durch die Abwendung der menschlichen Seele von der Technik, die so ihres notwendigen Führernachwuchses beraubt werde, durch die Entartung der sozialen Bewegung in Haß (Meuterei des Arbeiters) und durch Auslieferung der europäischen Errungenschaften an die Farbigen, zu denen Spengler auch den Japaner und den Russen zählt, die die europäischen Industriegebiete, ihre Menschen und Anlagen überflüssig machen. Eine Katastrophe nahe. Als tragischer Trost bleibe uns nur der Begriff der Pflicht.

Ein mindestens sonderbarer Fest-Vortrag. Die hohen Wissenschaftler sollen bestürzt gewesen sein. Der „Vorwärts“ meldet: „Die Koryphäen der Wissenschaft gingen wie geprügelte Hunde auseinander.“ Wir glauben gerne, daß die Situation mehr wie peinlich für die Herrschaften war. Es ist auch wirklich nicht angenehm, bestätigt zu erhalten, daß die dem Christentum abgewandten wissenschaftlichen Forschungsmethoden und Systeme zu derartig niederschmetternden Folgerungen und Ergebnissen führen. „Eine Kata-

strophe naht,“ sagte Spengler. Ist das der Weisheit letzter Schluß, daß mit der Übertreibung der Technik und aus den letzten Konsequenzen des Kapitalismus der Untergang kommen muß? Es wäre nicht schade um den Untergang einer solchen Wissenschaft, die sich als stärkste Stütze eines christentumsfeindlichen, jedenfalls aber nicht von der christlichen Ethik erfüllten und geleiteten Zeitalters, gefühlt und gebärdet hat. Spengler und seine Freunde mögen tatsächlich am Ende sein mit ihrem Latein.

Dieses Ende aber soll und muß ein neuer Anfang sein einer neuen Zeit, die nach den Maßstäben und Aspekten einer Lehre, die, trotzdem sie schon 2000 Jahre lang der Menschheit verkündet wird, moderner, lebensbejahender, optimistischer ist als alle Untergangsphilosophie.

Ja, christlicher Optimismus beseelt uns, weil wir an die Menschen und ihre göttliche Sendung glauben. Methoden und Systeme unterliegen der Wandlung wie alles was irdisch ist. Das aber hält uns nicht ab von der Überzeugung, daß die Menschheit noch weit entfernt ist vom Untergang und dem „Nirwana“ der Inder, sondern der Lösung großer Aufgaben gegenübersteht. Nicht Spenglersche Untergangsphilosophie wird allerdings zur Lösung dieser Aufgaben befähigen, wohl aber Kraft und Mut aus tiefem, echt christlichem Glauben.

Neue Sturmpläne der Kommunisten. Die Kommunisten sind mit dem Ausgang der Betriebsrätemahlen nicht zufrieden. Die „Rote Fahne“ gibt zu, daß das gesteckte Ziel nicht erreicht worden ist. „Die Zahl der Betriebszellen, RGO-Betriebsgruppen und organisatorischen Verbindungen ist völlig ungenügend und konnte auch durch die Masseninitiative nicht in dem Maße gestärkt werden, um das gesteckte Soll zu erreichen.“ An anderer Stelle heißt es: „In einer Anzahl Fälle führte die schlechte Arbeit roter Betriebsräte zu Niederlagen.“ Um diese Fehlschläge möglichst rasch wieder gutzumachen, plant die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition eine neue Aufputschung der Massen. Nach Anweisungen des Reichkomitees der RGO. soll der frühere Sturmplan beträchtlich erweitert werden. Wie in Rußland, so sollen künftig auch in Deutschland unter den einzelnen RGO-Bezirken Wettbewerbe in den Betrieben und auf den Stempelstellen durchgeführt werden. Unter dem Namen „Rote Tafeln der RGO.“ sollen laufend die Resultate aller jener Betriebsgruppen, Erwerbslosen Gruppen, Jugendgruppen usw. veröffentlicht werden, die den Sturmplan bereits erfüllt und sich neue Ziele gesteckt haben. Weiter sollen aus den aktivsten Kollegen Stoßgruppen gebildet werden, die die weitere Aktivierung der Betriebe und Stempelstellen in die Hand nehmen. Am 15. Mai soll eine „Generalkontrolle von unten“ stattfinden, in der jeder Kollege prüfen soll, ob das gesteckte Ziel erreicht worden ist. Die Bildung von neuen Stoßtrupps aus den aktivsten kommunistischen Elementen kann nichts anderes bedeuten als eine weitere Vorbereitung zur unheilvollen Zersetzung der Arbeiterschaft.

Die Gefahren der Bürokratisierung treten so deutlich erkennbar heute zutage, daß es nicht wunder nimmt, wenn man sich auch jetzt auf Tagungen und Kongressen mit diesen Fragen befaßt. Der Evangelisch-soziale Kongreß, der kürzlich in Duisburg tagte, nahm in zwei Referaten Stellung zu diesen Fragen. Der erste Redner, Studienrat D. Classen (Hamburg), ging dabei von folgenden Leitfragen aus:

Der älteste deutsche Verwaltungsbeamte, der Meier, war wohl noch meistens des Schreibens unkundig, aber in der Burg war schon früh ein Schreibender, gab es Urkunden und Archive. Nach dem Dreißigjährigen Krieg mußte das Volk wieder emporgepflegt werden; die Bedeutung der Verwaltungsbehörden wuchs, wurde sehr groß unter der absoluten Monarchie. Bei Frhr. v. Stein erscheint das Ideal einer Zusammenarbeit von Behördenverwaltung und Selbstverwaltung. Seitdem ist die Bürokratie ins ungeheure gewachsen. Im Zusammenhang 1918/19 hielt sie durch ihre treue Arbeit das Reich zusammen. Dennoch sind der Klagen gegen die Bürokratie viele.

Die Ursachen, wodurch die Bürokratie entartet, gefährlich und schädlich wird, sind: Es wird zu früh organisiert, wenn es noch gar nicht nötig ist; dadurch wird werdendes Leben erstickt. Die leitenden Persönlichkeiten in der Verwaltung sind den Aufgaben nicht gewachsen, dann wuchert die Bürokratie; oder jene Persönlichkeiten sind sogar moralisch nicht intakt, dann reißt Korruption ein. Es wird zu schnell ins Große organisiert oder die Organisation wird überhaupt

zu groß, so daß die Verwaltung mehr kostet, als das Resultat wert ist. Die Idee, nach der organisiert wird, ist nicht fertig durchdacht; dann entsteht eine Flut von Verordnungen ohne Kraft und Wirkung. Die Idee ist erstarrt, enthält sogar Fehler; dennoch wird danach verwaltet, und nun sogar hart, brutal, grausam.

Die Gegenmittel sind starke, völlig geeignete, sittlich tiefere Persönlichkeiten an der Spitze, klare Ideen und die Kontrolle und Mitarbeit der Volksvertretung.

Das zweite Referat, — durch Frau Regierungsrat Dr. Gerda Simens (Berlin) — ergänzte die Ausführungen durch Beispiele.

Die fortschreitende Bürokratisierung auf allen Gebieten des Lebens sei eine unvermeidliche Folgeerscheinung der Konzentration. Mit der Ausdehnung der Bürokratie wachse ihre Tendenz, zum Bürokratismus zu entarten. Die Hauptgefahrenquellen lägen im Formalismus und in der Kompetenzverteilung. Ihre Auswirkungen könnten großen Sachschaden verursachen; schlimmer aber sei der seelische Schaden, den die Menschen erleiden. Die Mitarbeiter des bürokrati-

tischen Apparates verlieren den Sinn für notwendige und lebenswichtige Arbeiten, den Überblick über die Bedeutung ihrer Teilfunktion, die Möglichkeit zu verantwortungsbewußtem Handeln: sie erleiden das Berufschicksal der industriellen Lohnarbeiter.

Soweit Menschen unmittelbar Objekte des bürokratischen Wirkens seien, würden sie zu „Fällen“ degradiert, ihre Behandlung werde entpersönlicht und versachlicht. Zwischen dem Büro und dem Leben, zwischen dem Bürokraten und dem Publikum tue sich eine Kluft auf. Es erscheine aber keineswegs hoffnungslos. Wenn auch die Haltung der Menschen eine grundlegende Änderung nicht eher erfahren würde, ehe wir nicht wieder — auch in der Büroarbeit — einen letzten Sinn menschlicher Arbeit überhaupt gefunden hätten, sehen wir doch heute schon Anlässe zu einer richtigeren Bewertung der Einzelarbeit in ihrem Zusammenhang mit den Gesamtaufgaben. Diese sachlichere Haltung müsse ergänzt werden durch das Gefühl der Mitmenschlichkeit, das auch in der Bürokratie zu einer glücklichen Synthese sachlichen und persönlichen Wirkens führen könne.

Arbeitsrecht und Arbeiterschutz.

Tagung der Rechtspfleger in Düsseldorf. Der Verband Dr. Justizamtänner, die Landesvertretung der Rechtspfleger und gerichtlichen Urkundsbeamten, soweit sie zu den Beamten des oberen Justizdienstes gehören, hält vom 7. bis 9. Juni in Düsseldorf den diesjährigen Verbandstag ab. Im Anschluß daran findet am 10. Juni eine Vertreterversammlung des Reichsbundes der Deutschen Justizamtänner statt. Beide Tagungen werden sich neben innerorganisatorischen Fragen vornehmlich beschäftigen mit der Gestaltung des Rechtspflegeramtes bei der großen Justizreform, mit der vom Reichsjustizminister geplanten Reform der Zivilprozessordnung, mit der fachwissenschaftlichen Aus- und Fortbildung der Rechtspfleger, sowie mit der Frage, wie die Bestrebungen auf Vereinheitlichung und Verreichlichung der Justiz stärker gefördert werden können.

Neue Anwartschaft nach § 95 ADADG.

1. Bei Berechnung einer neuen Anwartschaftszeit nach § 95 ADADG sind Zwischenbeschäftigungen, die sich in den Lauf einer noch nicht erschöpften Arbeitslosenunterstützung einschließen, auch dann anzusehen, wenn sie der Arbeitslose aus freiem Willen ohne Vermittlung des Arbeitsamtes übernommen hat, oder wenn sie geringer bezahlt sind als die vor dem Beginn der Unterstützungsperiode ausgeübte Beschäftigung.

2. Hat ein Arbeitsloser während des Unterstützungsbezuges durch Zwischenbeschäftigungen eine neue Anwartschaft erworben, und hat ein unter die Anordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt über berufsunfähige Arbeitslosigkeit fallender Teil der Zwischenbeschäftigungen mindestens 14 Wochen gedauert, so ist berufsunfähige Arbeitslosigkeit im Sinne der erwähnten Anordnung auch dann gegeben, wenn der Arbeitslose diesen Teil der Zwischenbeschäftigung freiwillig ohne Vermittlung des Arbeitsamtes übernommen hat, sofern die übrigen Voraussetzungen der bezeichneten Anordnung vorliegen (Entsch. des Spruchsenats für die Arbeitslosenversicherung vom 5. Dez. 1930 IIIa Nr. 321/30).

Der Kläger hat während des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung mehrmals versicherungspflichtige Beschäftigungen ausgeübt, die sich insgesamt auf mindestens 26 Wochen erstreckten. Als er sich nach Beendigung der letzten Zwischenbeschäftigung wieder arbeitslos meldete, erteilte ihm der Vorsitzende des Arbeitsamtes den Bescheid, daß eine neue Unterstützungsperiode beginne und daß er keinen Anspruch auf den Rest der noch nicht erschöpften bisherigen Unterstützung mehr habe; er setzte die Unterstützung nicht nach der Lohnklasse XI, sondern auf Grund des § 107a ADADG nach der Lohnklasse VIII fest. Diese Unterstützung war niedriger als die bisherige. Der Kläger wandte sich in seinem Einspruch gegen die Höhe der Unterstützung mit der Begründung, daß er die Zwischenbeschäftigung freiwillig übernommen habe. Der Spruchauschuß wies jedoch den Einspruch zurück. Im Berufungsverfahren hat die Spruchkammer die Sache an den Spruchsenat abgegeben zur grundsätzlichen Entscheidung der Rechtsfrage,

ob ein Arbeitsloser, der im Laufe des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung durch Zwischenbeschäftigungen eine neue Anwart-

schaft auf Arbeitslosenunterstützung erwirbt, den noch nicht erschöpften Unterstützungsanspruch auch dann verliert, wenn er die Zwischenbeschäftigung in einem unter die Anordnung über berufsunfähige Arbeitslosigkeit fallenden Betrieb ausgeübt und freiwillig übernommen hat.

Sie bejaht diese Frage.

Für die Rechtsauffassung des Senats waren folgende Gründe maßgebend:

Nach § 99 Abs. 1 Satz 3 zweiter Halbsatz in Verbindung mit § 95 Abs. 4 ADADG. erlöschen frühere Anwartschaften, wenn der Arbeitslose durch Zwischenbeschäftigungen, die er während des Bezuges der Arbeitslosenunterstützung ausübt, eine neue Anwartschaft erwirbt. In der E 3843 (AN 1930 S. IV 392, EuM Bd. 28 S. 183 Nr. 74) ist deshalb ausgesprochen, daß im Falle einer Unterbrechung im Bezuge der Unterstützung bei erneuter Arbeitslosmeldung zu prüfen ist, ob durch Zwischenbeschäftigungen eine neue Anwartschaftszeit erfüllt ist. Trifft dies zu, so beginnt eine neue Unterstützungsperiode. Die bisherige Unterstützungsperiode ist dann abgeschlossen, auch wenn die Unterstützung an sich noch nicht erschöpft ist; es besteht dann also kein Anspruch mehr auf den Rest der noch nicht erschöpften Unterstützung.

Es fragt sich nun, ob es bei der Berechnung einer neuen Anwartschaftszeit auf Grund von Zwischenbeschäftigungen, die sich in den Bezug der Arbeitslosenunterstützung einschließen, darauf ankommt, daß der Arbeitslose die Zwischenbeschäftigungen freiwillig übernommen hat, oder daß sie geringer bezahlt sind als die vor Beginn der Unterstützungsperiode ausgeübte Beschäftigung. Die Frage ist zu verneinen.

Die Voraussetzungen, unter denen eine neue Anwartschaft erfüllt ist, enthält § 95 ADADG. Nach § 95 Abs. 1 ADADG. ist die Anwartschaft erfüllt, wenn der Arbeitslose während der dort bezeichneten Fristen mindestens 52 oder 26 Wochen, je nachdem es sich um einen erstmaligen oder einen späteren Unterstützungsantrag handelt, in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Es ist danach also entscheidend, ob die Beschäftigung versicherungspflichtig war. Waren die Zwischenbeschäftigungen versicherungspflichtig, so sind sie auf die Anwartschaftszeit anzurechnen, gleichviel, ob sie dem Arbeitslosen durch das Arbeitsamt zugewiesen wurden oder ob er sie freiwillig übernommen hat. Es ist auch unerheblich, in welchem Betrieb er sie ausgeübt hat und welches Entgelt dafür gewährt wurde. Der Anrechnung der Zwischenbeschäftigungen auf die Anwartschaftszeit steht es nicht entgegen, wenn sie geringer bezahlt sind als die Beschäftigung, die der Arbeitslose vor dem Beginn der Unterstützungsperiode ausgeübt hat. Wird durch die Zwischenbeschäftigungen eine neue Anwartschaft erfüllt, so endigt damit die bisherige Unterstützungsperiode. Dies wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß sie der Arbeitslose freiwillig übernommen hat, oder daß sie geringer bezahlt sind als die vor Beginn der Unterstützungsperiode ausgeübte Beschäftigung.

Daß diese Umstände auch bei der Festsetzung der Höhe der Unterstützung nach § 105 Abs. 2 ADADG. ohne Bedeutung sind, ist bereits in der E 3475 (AN 1929 S. IV 278, EuM Bd. 25 S. 110 Nr. 48) aus-

gesprochen. Sie sind auch bei der Anwendung des § 107a ADABG. unerheblich. Nach Maßgabe dieser Vorschrift erhalten Arbeitslose aus Berufen und Gewerben, in denen eine regelmäßig wiederkehrende Arbeitslosigkeit berufssüblich ist, während einer solchen Arbeitslosigkeit die Unterstützung nicht in der regelmäßigen, sondern in einer niedrigeren Lohnklasse. Durch die auf Grund des § 107a Abs. 2 ADABG. ergangene Anordnung des Verwaltungsstats der Reichsanstalt über berufssübliche Arbeitslosigkeit in der Fassung vom 18. November 1929 ist berufssübliche Arbeitslosigkeit anerkannt für Angehörige der in der Anordnung aufgeführten Berufsarten, sofern sie in den letzten 26 Wochen ihrer Arbeitnehmerschaft vor der Arbeitslosmeldung mindestens 14 Wochen in Betrieben der dort näher bezeichneten Art tätig gewesen sind. Hat ein Arbeitsloser durch Zwischenbeschäftigungen während des Bezuges einer Arbeitslosenunterstützung eine neue Anwartschaft erworben, hat die Zwischenbeschäftigung in einem unter die bezeichnete Anordnung fallenden Betrieb mindestens 14 Wochen gedauert und sind auch die sonstigen Voraussetzungen dieser Anordnung gegeben, so ist § 107a ADABG. anzuwenden. Die Anwendung dieser Vorschrift wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Arbeitslose die maßgebende Zwischenbeschäftigung freiwillig ohne Vermittlung des Arbeitsamts übernommen hat. Zu einer gegenteiligen Auffassung bietet das Gesetz keine Handhabe. Sie wäre auch innerlich unbegründet.

Berichte aus den Zahlstellen.

Stuttgart. Am 18. April veranstaltete die hiesige Zahlstelle eine wohlgelungene, aber den Nöten der Zeit entsprechende, schlichte Familienfeier. Es galt zwei eifrige Kollegen zu ehren, die 25 Jahre Mitglied unseres Berufsverbandes sind: die Kollegen Matth. Ritter, Stadtrat, und Anton Reiser, Kassierer. Der Vorsitzende, Kollege Gairhos, begrüßte die beiden Jubilare herzlich und überbrachte zugleich die Wünsche des Zentralvorstandes. Er überreichte Silbernadeln und Diplome und dankte beiden Kollegen für ihre opferfreudige Arbeit im Interesse unserer christlichen Arbeiterbewegung.

Bezirksleiter Kollege Kaiserauer gab ein anschauliches Bild über die Entwicklung der hiesigen Zahlstelle. Die Gründung reicht bis in das Jahr 1897 zurück. Damals wurde unter dem verstorbenen Präses Ekard eine Fachabteilung der Schreiner im katholischen Arbeiterverein gebildet. Als später unter dem Vorsitzenden Stegerwald der christliche Holzarbeiterverband gegründet wurde, schloß sich die Zahlstelle diesem an. Kollege Kaiserauer schilderte dann den Opfermut und die Treue der beiden Kollegen. Stadtrat Ritter ist ein alter Kämpfer und Mitarbeiter der hiesigen Zahlstelle; aber auch über seinen Berufsverband hinaus.

Der Jubilar Anton Reiser zog als junger Mensch hinaus in die Fremde, um sich in seinem Berufe auszubilden. Trotz roten Arbeiterterrors pflanzte er überall die christliche Gewerkschaftsfahne auf. In Meran, Tirol, übernahm er die Leitung des Ortskartells. Seit dem Jahre 1913 ist er wieder in Stuttgart tätig als Vertrauensmann und Kassierer der Zahlstelle. Als guter vertrauenswürdigster Finanzminister betätigt er sich außerdem im Ortskartell. Auch wurde er durch das Vertrauen der Gewerkschaftsbewegung als Arbeitsrichter berufen. Zum Schluß mahnte Kollege Kaiserauer alle Kollegen, sich ein Beispiel zu nehmen an den beiden Jubilaren. Kartellvorsitzender Rödlach überbrachte die Wünsche des Ortskartells. Stadtrat Balluff begrüßte die Jubilare namens der katholischen Arbeitervereine, deren Mitglied beide Kollegen sind. Die Feier war verschönert durch die Mitwirkung des Singchors des katholischen Arbeitervereins St. Elisabeth und der Musikabteilung des katholischen Gesellenvereins. Die Jubilare dankten der Ortsgruppe sowie allen Mitwirkenden für den schönen Abend und versprachen, weiterhin für die christliche Gewerkschaftsbewegung zu kämpfen und zu arbeiten.

Literarisches.

Brockhaus bringt das billige Volkslexikon. In Deutschland hat bisher ein unbedingt zuverlässiges und doch umfassendes kleines Nachschlagebuch für alle Kreise gefehlt, wie es Frankreich in großer Vollendung im „Petit Larousse“ besitzt. Der altbekannte Lexikonverlag Brockhaus hat jetzt den „Volks-Brockhaus“ geschaffen, den er zu dem erstaunlichen Preis von RM. 7,80 auf den Büchermarkt bringt. Der stattliche Band mit seinen fast 800 Textseiten gibt auf über 36 000 Fragen aus allen Wissensgebieten kurze und gewissenhafte Auskunft, und rund 4000 Abbildungen im Text und auf 40 bunten und einfarbigen Tafeln vertiefen das Gesagte in anschaulicher Weise. 36 Übersichten und Zeitafeln (z. B. ansteckende Krankheiten, Buchführung, Deutsche Kunst, Fleckenmittel, Gerichtswesen, Reichsverfassung, Sprachlehre, Steuern) werden uns jeden Tag wertvolle Dienste leisten können. 14 bunte Karten in vielfarbigem Offsetdruck bilden einen kleinen Atlas, und auch Geschichtskarten fehlen nicht. Die Stärke des Buches liegt zunächst in der straffen Zusammenfassung des Stoffes: aus jedem Wissensgebiet ist das unbedingt nötige aufgenommen und, jedem verständlich, kurz erklärt. Der „Volks-Brockhaus“ vermeidet Fremdwörter bis zur Grenze des heute möglichen; andererseits erklärt er aber alle in Haus und Schule gebräuchlichen Wörter aus den alten und neuen Fremdsprachen und aus allen Sachgebieten. Vor allem aber bringt er erstmalig die Verbindung von Sach- und Sprachbuch — eine Forderung, die von pädagogischer Seite schon lange erhoben wird. Das Werk bietet dem Benutzer eine deutsche Rechtschreibung nach den amtlichen Regeln und eine nicht minder erwünschte deutsche Sprachlehre. Nicht nur bei den fremden, sondern auch bei allen deutschen Wörtern, die nicht jedermann geläufig sind, werden Geschlecht, Zahl, Biegung oder Abwandlung beigelegt. Die Aussprache ist überall leicht verständlich angegeben. Außer der Worterklärung wird, soweit zugänglich, die sprachliche Herkunft angeführt. Auch zahlreiche mundartliche Wörter sind im „Volks-Brockhaus“ zu finden. Die Aufnahme aller wichtigen sprachlichen Neubildungen der letzten Jahre zeigt, welch vorurteilsloser moderner Geist diesen neuen „Brockhaus“ bewohnt, der berufen ist, das Lexikon des deutschen Volkes zu werden.

Der eilige Zeitungsleser, der schwer arbeitende Berufsmensch, die heranwachsende Jugend, sie alle sollten nach diesem unbedingt zuverlässigen und unparteiischen Nachschlagebuch greifen, zumal der Preis von RM 7,80 die Anschaffung für jeden möglich macht — in unserer Zeit gewiß ein Punkt, der besonders hervorgehoben zu werden verdient.

Wald und Holz. Ein Nachschlagebuch für die Praxis der Forstwirte, Holzhändler und Holzindustriellen. Herausgeber Dr. Dr. Ing. e. h. Wappes. Verlag J. Neumann, Neudamm und Berlin.

Die vorliegende 8. Lieferung enthält vor allem eine sehr interessante und ausgezeichnete Darstellung der Holzmeßkunde. Baumhöhenmessung, Stammstärkemessung, Kubierung unregelmäßig geformter Hölzer und Kubiktabellen sind unentbehrliches Material für den Holzhändler und Holzkäufer. Der Holzarbeiter, der auf gute und vollkommene Ausbildung Wert legt, findet hier eine Darstellung der Materialkunde, wie solche sonst nur in umfangreichen Spezialabhandlungen zu finden ist. Der Wert des Werkes erhöht sich mit jeder Lieferung.

Anzeigenpreis für die viersp. Mittelzeile 30 Pfennig. Stellengesuche und -angebote sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Versand befinden sich Köln, Benloer Wall 9. Telefonruf West 5 15 46. — Redaktionsschluss ist Samstag-Mittag.

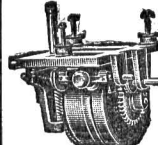
Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern unentgeltlich ausgeliefert — für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von M. 1.— pro Monat zu beziehen. — Anzeigenannahme nur gegen Vorausbezahlung. Geldsendungen nur Postcheckkonto 7718 Köln.

Intarsien jeder Art

Katalog
gegen 0,50 Mark in Briefmarken

E. Biller, Heidelberg
Theaterstraße 711

Sprechmaschinen-Laufwerke



zum Selbsteinbauen la. Doppelschneckenfederwerk (2 Stück 30-cm-Platten spielend) Mk. 11.50
nebst allem Zubehör nur

Regulateur- und Hausuhrwerke sowie Tonführungen aus Holz und Metall nach Katalog

Robert Husberg, Neuenrade N 9

Original-Süddeutsche Hobelbänke

200 cm hintere Blattlänge, komplett mit Stahlspindeln zum Reklamepreis per Stück 74.— Mk. ab süddeutscher Station. Garantie für jede Bank. Abbildungen gratis. Werkzeugkatalog gegen 30 Pfg. Briefmarken. M. E. WALTHER, Dresden 23, Rehefelder Straße 53